

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen...

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen...

Posener Zeitung Hundertunddritter Jahrgang.

Ar. 311

Montag, 4. Mai.

1896

Deutscher Reichstag.

81. Sitzung vom 2. Mai, 1 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Abg. v. Sollenfer (konst.) zeigt an, daß sein Mandat in Folge seiner Ernennung zum vortragenden Rath im Ministerium des Innern erlischt ist.

Der erste Punkt der Tagesordnung bildet die Interpellation der Abg. Meyer-Danzig (Reichsp.) und Genossen betr. die Frage der Konvertirung der Reichsanleihen, die folgenden Wortlaut hat: „Beabsichtigen die verordneten Regierungen dem nächst mit der Konvertirung der 4 und 3/4 prozentigen Reichsanleihen in 3 prozentige vorzugehen?“

Schatzsekretär Graf v. Posadowsky erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Abg. Meyer-Danzig (Reichsp.) führt zur Begründung der Interpellation aus: Seit dem vorigen Jahre ist bei der Mehrheit des Hauses eine Uebereinkunft dahin erzielt, daß eine Konvertirung der vierprozentigen Reichsanleihen notwendig und möglich sei, in Folge des gesunkenen Zinsfußes. Die verbündeten Regierungen haben im vorigen Jahre schon erklärt, daß auch sie die Konvertirung als im wirtschaftlichen Interesse liegend erachten, daß aber die Voraussetzung dafür ein stabil niedriger Zinsfuß sei. Diese Voraussetzung ist jetzt eingetroffen, dazu kommt noch, daß die Kurse der 4 und 3/4 prozentigen Anleihen sich bis zum 8. Oktober v. J. denen der 3 prozentigen immer mehr genähert hatten. Diese ruhige Entwicklung wurde auf einmal unterbrochen durch die Veröffentlichung der Unterredung eines Berichterstatters der „Kölnischen Zeitung“ mit dem Reichskanzler. Der Bericht über diese Unterredung war augenscheinlich ganz tendenziös gefärbt, denn in ihm waren nur die Behauptungen wiedergegeben, die gegen eine Konvertirung sprachen, während die großen wirtschaftlichen Vorteile nicht angeführt wurden. Dieser Bericht kostete der deutschen Landwirthschaft Millionen, denn die landwirthschaftlichen Pfandbriefe sanken plötzlich auf 95. Im November v. J. hatten wir einen großen Börsensturz, in Folge dessen der Zinsfuß ganz enorm stieg, so daß für geliehene Gelder bis zu 12 Prozent Zinsen gezahlt werden mußten, ein niedriger Zinsfuß ist aber volkswirtschaftlich nöthig. Der Finanzminister soll einmal gesagt haben, daß der Zinsfuß mit der steigenden Kultur sinkt, dies haben auch französische Nationalökonomien zugegeben. Die preussische Landwirthschaftskammer hat sich einstimmig für die Konvertirung ausgesprochen, um der Landwirthschaft einen billigen Realcredit zu schaffen. Daß diese Maßregel möglich ist, beweist der Vorgang Englands.

Schatzsekretär Graf v. Posadowsky: Der Interpellant hat an die Regierung die klare Frage gestellt, ob sie die Reichsanleihen zu konvertiren gedenkt. Ich bedaure, hierauf eine ebenso klare Antwort nicht ertheilen zu können. (Hört, hört!) Ich muß nach wie vor betonen, daß die Reichsregierung zu einer Konvertirung der Reichsanleihen nur übergehen kann in Uebereinkunft mit den Maßregeln, welche die Einzelstaaten bezüglich der Konvertirung ihrer einzelnen Anleihen vornehmen. Würden wir dieses nicht thun, so würden wir damit finanzielle Maßregeln der Einzelstaaten präjudiziren, was um so weniger gerechtfertigt erscheint, da die Einzelstaaten an ihren eigenen Anleihen ein viel größeres Interesse haben als an den Anleihen des Reiches. Könnte ich die Frage des Interpellanten mit Ja beantworten, so müßte bereits ein derartiger Beschluß der Einzelstaaten vorliegen. Ginge aber ein solcher Beschluß bereits vor, so würde Ihnen bereits ein Konvertirungsplan vorgelegt sein, über ich hätte die Verpflichtung, in Erwartung eines solchen Gesetzes vorläufig über diese Frage zu schweigen. Der Interpellant hat eine Reihe von praktischen und politischen Gründen angeführt, welche für die Konvertirung sprechen. Es ist aber ganz unzweifelhaft, daß den Interessentenkreisen die Konvertirung vielleicht als eine unerwünschte und harte Maßregel erscheinen würde. Man darf bei einer Konvertirung doch auch nicht vergessen, daß für viele Kreise die Verpflichtung besteht, ihre Gelder entweder in Staatspapieren oder in gleichwertigen Papieren öffentlich anzulegen. Für die Regierung ist bei der Konvertirung hauptsächlich die Entwicklung des Geldmarktes. Eine Konvertirung könnte nur erfolgen, wenn ein allgemeines Sinken des Zinsfußes vorausgegangen wäre. Das ist aber nicht der Fall und deshalb kann man nicht zum Schaden der Staatsgläubiger die Konvertirung fordern, um das Kreditbedürfnis eines Theils der Bevölkerung künstlich zu einem niedrigen Zinsfuß zu befriedigen. Der Hauptgrund, weshalb der Zinsfuß zeitweise heruntergegangen ist, ist der Umstand, daß die Geldbestände sich erheblich vermehrt haben. In den Regierungskreisen und in den großen Banken betrug der Geldbetrag im Dezember 1895 19 Milliarden, während er zur selben Zeit 1892 bloß 16 Milliarden und 1891 gar nur 8 1/2 Milliarden betrug. Die Ursache des Sinkens des Zinsfußes ist also arbeitslos herumlungendes Kapital und nicht die höheren Zinsen der alten Staatsanleihen. Es kann also unmöglich die Abkühlung der Regierung sein, eine Konvertirung dazu zu benutzen, im Allgemeinen den Zinsfuß herabzusetzen; ein Staat kann mit gutem Gewissen nur dann konvertiren, wenn er die Ueberzeugung hat, daß in absehbarer Zeit keine Konjunktur eintritt, welche den Zinsfuß in die Höhe schraubt, denn sonst würden die Staatsgläubiger einen Verlust nicht bloß an Zinsen, sondern auch an Kapital erleiden.

Seit fünf Jahren erst giebt das Reich dreiprozentige Papiere aus. Anfangs hat das Reich seine dreiprozentigen Papiere nur zu 85 ausgegeben, hat also thafächlich eine mehr als 3/4 prozentige Verzinsung gewährt. Erst im Jahre 1894/95 sind die Papiere an zu steigen und erst vom Jahre 1895/96, wo es gelang, die dreiprozentige Reichsanleihe zu 99 1/2 zu realisiren, hat die Verzinsung nur rund 3 Prozent betragen. Daraus folgt, daß erst ein einziges Jahr verlossen ist, seitdem das Reich wirklich seine Anleihen mit 3 Prozent verzinst, und das ist ein Zeitraum, der nicht ignügend, um sofort zur Konvertirung der 4- und 3/4 prozentigen Staatspapiere zu schreiten. Das Reich und die Einzelstaaten haben etwa doppelt soviel 4prozentige als 3/4 prozentige Papiere. Die Schulden

betragen im Ganzen etwa 6 Milliarden zu 4 Prozent und 3/4 Milliarden zu 3/4 Prozent, hierzu kommen noch die bedeutenden Beträge der öffentlichen Kreditanstalten und der Kommunen. Wenn nun eine so ungeheure Masse von Papieren konvertirt wird, so würde dieses eine außerordentliche Umwälzung auf dem Geldmarkte hervorbringen. Die nächste Folge würde die sein, daß unser gutes deutsches Geld ins Ausland geht und wir Papiere fremder Provenienz erhalten, die von zweifelhaftem Werthe sind.

Man hat in dem Umstand, daß den Staatsbeamten anheim gegeben ist, ihre Rationen in Prozentigen Papieren anzulegen, ein Anzeichen für die bald folgende Konvertirung erblickt; aber das ist nicht richtig. Es müßte dem Staat daran liegen, in der Zeit, wo die 3/4 prozentigen Papiere eine sinkende, die 3prozentigen eine steigende Tendenz haben, den Beamten das Risiko selbst zu übertragen. Namens des Reichskanzlers kann ich die positive Erklärung abgeben, daß der Reichskanzler unter keinen Umständen eine Konvertirungs-Vorlage dem Bundesrath unterbreiten wird, ohne eine vollkommenere Uebereinkunft betreffs eines gleichmäßigen Vorgehens seitens der hauptsächlichsten Einzelstaaten; und ich kann ferner erklären, daß keine Aussicht vorhanden ist, daß schon in dieser Session dem Reichstage eine Konvertirungs-Vorlage zugehen wird.

Auf Antrag des Abg. Hintelen (Chr.) wird in die Besprechung der Interpellation eingetreten.

Abg. Hintelen (Chr.) stimmt dem Staatssekretär darin bei, daß man nicht die Interessen einzelner Kreise, sondern die des ganzen Volks bei einer Konvertirung berücksichtigen müsse. Auf der einen Seite wollten die Freunde des Interpellanten den Zinsfuß herabsetzen, auf der anderen nähmen sie keinen Anstand, der Bevölkerung durch die Judensteuer neue Belastungen aufzuerlegen. Zweifellos müßten die Einzelstaaten bei einer Konvertirung in Rechnung gezogen werden, denn Preußen z. B. würde erheblich mehr von dem höheren Zinsfuß betroffen, als das Reich. Diese Konsole rührten aus Anleihen zur Eisenbahnverstaatlichung her und verzinsten sich für die Eisenbahnen in Wirklichkeit mit 7,10 Prozent. Man könne also auf keinen Fall sagen, die Steuerzahler müßten die Zinsen aufbringen. Die Befürworter der Konvertirung müßten wohl erworbene Rechte, die allerdings juristisch nicht geschützt seien, deren Verletzung aber vom moralischen Standpunkt aus nicht zu billigen sei. Man müsse durch den Zinsfuß der Konvertirung einen Anreiz zum Sparen geben; ein großer Uebelstand wäre es, wenn der Sparfuss eingeschränkt würde. Wenn die Sozialdemokraten für die Konvertirung seien, so sei dies erklärlich, denn diese wollten ja das Kapital entwerthen. Man müsse den Einfluß der Konvertirung auf kleine Rentner, Stipendien und Stiftungen beachten. Elend und Noth würden in weiten Schichten der Bevölkerung, die unter Ernährungsnoth leiden, verbreitet werden. Nur mit der allergrößten Vorsicht könne man an die Konvertirung herangehen.

Abg. Graf Stolberg (konst.) spricht nur im Namen eines Theils seiner politischen Freunde. Die Konvertirung habe eine finanzpolitische und eine volkswirtschaftliche Seite. Die letztere sei für ihn die wichtigste, denn es handle sich darum, wie man der Landwirthschaft helfen könne. Das könne durch eine Verbilligung der Produktion geschehen, und hierzu könne eine Konvertirung wohl dienen. Je eher man die Konvertirung vornehme, desto größer sei der Nutzen, den die Landwirthschaft davon habe, wenn man noch lange warte, würden bloß die Großkapitalisten einen Vorteil davon haben. Eine jede sozialpolitische Maßregel dürfe nur im Interesse der Schwachen geschehen, und gegenwärtig seien die Landwirthe die wirtschaftlich Schwachen.

Abg. Dr. Friedberg (nl.): Auch wir hegen sozialpolitische Bedenken gegen eine Konvertirung, wir meinen auch, daß man erst abwarten muß, ob der Zinsfuß dauernd ein niedriger ist. Zugleich muß man, daß ein Zinsfuß von 4 Prozent lediglich der Vergangenheit angehört, aber der Zinsfuß von 3 Prozent erscheint doch zu niedrig, so lange es noch absolut sichere Papiere zu 4 und 3/4 Prozent giebt. Aus diesem Grunde macht sich auch wohl noch im Publikum eine gewisse Abneigung gegen 3proz. Papiere geltend. Wenn man eine Konvertirung vornimmt, so wird es wohl am besten sein, wenn man erst die 4proz. Papiere in 3/4proz. umwandelt; von dieser Maßregel wird nicht, wie es wiederholt ausgesprochen ist, nur die Börse Vortheil haben, im Gegentheil, ich glaube, daß diese Umwandlung ohne Vermittelung der Börse geschehen kann. Eine Konvertirung kann ich nicht für moralisch verwerflich halten, allerdings bestehen die meisten preussischen Schulden in Eisenbahnanleihen, aber der Staat hat nicht die moralische Verpflichtung übernommen, die den Aktionären der früheren Privatbahnen überlesenen Staatspapiere für immer mit 4 Proz. zu verzinsen. Im Uebrigen glaube ich nicht, daß die Konvertirung Sache des Parlaments ist, sondern daß man die Verantwortung hierfür der Regierung überlassen muß.

Abg. Bebel (Soz.): Wir stehen auf dem Standpunkt, daß nach der Entwicklung der Verhältnisse eine Konvertirung nicht mehr zu umgehen ist. Die Konvertirung ist heute nicht mehr eine Sache des Geschicks, sondern des guten Willens, und an dem scheint es an der maßgebenden Stelle zu fehlen. Selbst ein Mann wie Delbrück, der stets in der rückständigsten Weise die Interessen des Kapitals vertreten hat, habe sich für die Konvertirung ausgesprochen, und wenn Delbrück noch im Ante wäre, hätten die Interventionen ihre Interpellation gar nicht zu stellen brauchen. Die Konvertirung würde in erster Linie den Steuerzahlern zu Gute kommen, da man alsdann ohne neue Steuern alle die Forderungen, die man schon lange gestellt hat, wie: Beamtenaufzehrung, Mehraufwendungen für die Schule u. s. w. erfüllen könnte. Wo in aller Welt haben die Kapitalisten sonst ein Recht auf einen bestimmten Zinsfuß? In Folge der hartnäckigen Belagerung der Regierung, zu konvertiren, stehen die Staatspapiere des deutschen Reiches ungünstiger als die Papiere aller anderen Staaten Europas. Dies ist doch unserm Kredit auch nicht dienlich. Wenn konvertirt wird, werden auch die dreiprozentigen

Anleihen über Paris steigen. Was kleine Staaten wie Schweden, Holland und Dänemark gethan haben, wird das große Deutsche Reich doch auch können. Die Konvertirung unterbleibt nur, weil eine Anzahl einflußreicher Personen ihr Geld in vierprozentigen Papieren angelegt hat.

Abg. Dr. Barth (Freis. Ver.): Unsere Voraussetzungen, daß der niedrige Zinsfuß stabil bleiben würde, haben sich erfüllt. Deshalb halten wir die Konvertirung nicht nur für nöthig und möglich, sondern auch für nützlich. Der jetzige hohe Zins ist nichts weiter, als eine einfache Liebesgabe, die aus den Taschen der Steuerzahler von dem Staate den Gläubigern geschenkt werden. Die Engländer, die Franzosen und andere Nationen haben die Konvertirung vorgenommen und diese Nationen haben sich gar nicht getrübt, zu dieser Prozedur zu schreiten. Nur eine einzige Erwägung habe ich noch: Was geschieht mit den Exparnissen? Wenn diese Summen zu allerlei agrarischen Experimenten verwendet werden sollen, dann lasse man sie lieber in den Taschen der Steuerzahler. Ich möchte schon heute den verbündeten Regierungen anheimgeben, uns in einer eventuellen Vorlage über die Konvertirung zu sagen, wofür die Exparnisse verwendet werden sollen.

Abg. Gamp (Reichsp.): Die Wirthsbeherde des Abg. Barth scheint mir nicht so schnell befriedigt werden zu können, ich halte es für unmöglich, daß die verbündeten Regierungen schon angehen können, was sie mit dem ersparten Gelde anfangen werden, aber sie sich überhaupt über eine Konvertirung schlüssig gemacht haben.

Abg. Dr. Barth ruft: Gleichzeitig mit der Vorlage! Ich hoffe übrigens, daß der Regierung die Gründe, die für die Konvertirung sprechen, voll und ganz würdigen werden, denn der Zeitpunkt zur Konvertirung ist jetzt gekommen. Die Konvertirung kann ja durch eine Konvertirungsprämie, indem man auf einige Jahre den alten Zinsfuß bezahlt, erleichtert werden. Zum mindesten müssen die vierprozentigen Papiere konvertirt werden. Die Besorgnis, daß Deutschland dann mit ausländischen Papieren überschwemmt werde, theile ich nicht, auch glaube ich nicht, daß durch die Konvertirung die kleinen Kapitalisten geschädigt werden; denn die kleinen Kapitalisten haben ihr Geld in den Sparcassen und bekommen dort auch nur 3 Proz. Durch die Konvertirung wird auch der Zinsfuß für andere Papiere fallen, und es wird der Landwirthschaft möglich sein, billiges Geld zu erhalten. Durch die Nichtkonvertirung hat man die landwirthschaftlichen Kreditanstalten aufs schwerste geschädigt. Die offiziöse Veröffentlichung der „Kölnischen Zeitung“ kam zur denkbar ungünstigsten Zeit, eine ganze Anzahl von landwirthschaftlichen Kreditanstalten stand mitten in der Konvertirung und wissen jetzt nicht, wie sie ihre Papiere los werden sollen. Die Konvertirung muß uns gerade als eine Kulturaufgabe erscheinen, denn sie schafft uns das Geld, um wichtige Kulturwerke zu erfüllen. Die Konvertirung ist gerade im gegenwärtigen Augenblick notwendig, wo ein Gesetz, das für die Lehrer außerordentlich segensreich sein würde, im Herrenhaufe abgelehnt worden ist, weil die dazu nöthigen 1/2-2 Millionen nicht aufgebracht werden konnten.

Schatzsekretär Graf v. Posadowsky: Der Abg. Bebel hat es so dargestellt, als ob einflußreiche Personen, Mitglieder deutscher Fürstenthümer, große Summen in vierprozentigen Papieren angelegt hätten, und nun sich gegen die Konvertirung sträubten. Ich bedaure, daß er in die durchaus sachliche Diskussion ein solches Motiv gebracht hat. Ich kann ihm versichern, daß von keiner Seite den maßgebenden Stellen auch nur der Schein einer Abneigung in dieser Richtung bekannt geworden ist. Ich bestritte es aufs entschiedenste, daß irgend ein deutsches Fürstenthum verlußt hat, in dieser Sache zu Gunsten eigenmächtiger Interessen auf die Reichsfinanz einzuwirken. Damit ist diese Sache abgethan. Der Abg. Dr. Barth wollte schon wissen, in welcher Weise die Exparnisse aus der Konvertirung verwendet werden sollten. Diese Frage hat mir bisher noch nicht das geringste Kopfwieh bereitet. Ich bin überzeugt, daß wir uns, wenn es dazu kommen sollte, sehr leicht darüber einigen werden.

Abg. Gräfe (Antif.) erklärt sich gegen die Konvertirung, denn diese widerspräche dem Interesse des Mittelstandes. Wenn das Reich den Zinsfuß herabsetze, würden sich die kleinen Kapitalisten exorbitanten Papieren zuwenden.

Abg. Dr. Schädler (Chr.): Ein großer Theil meiner Freunde ist der Ansicht, daß man der Frage der Konvertirung näher treten muß, da sie diese Maßregel innerlich für berechtigt halten. Ebenso wie der Staatssekretär hat auch der bayerische Finanzminister gesagt, wir können nicht konvertiren, wenn nicht auch die anderen Staaten konvertiren. Wir werden also hin und her geschickt. Gegen eine Konvertirungsvorlage habe ich nichts einzuwenden, damit den Befürwortern der Ueberzeugung erleichtert wird. Jedenfalls erfordert das allgemeine Interesse eine Konvertirung. Die Verwendung der Ueberträge ist für uns eine Cura posterior.

Abg. Febr. v. Langen (konst.) spricht sich im Namen eines Theils seiner Freunde aus nationalökonomischen Gründen gegen eine Konvertirung aus, da der jetzige Zeitpunkt nicht geeignet dafür sei.

Abg. Galler (Deutsche Ppt.) erklärt, daß seine Partei der Frage der Konvertirung sympathisch gegenübersteht. Es wäre sehr gut, wenn das Reich den Anfang damit machte. Hoffentlich werde die Regierung in diesem Sinne vorgehen.

Abg. Dr. Pauli (Kpt.) betont, daß der größte Theil seiner Freunde wünscht, der Regierung freie Hand zu lassen. Er selbst set in Gegensatz zu seinen Fraktionsgenossen Gamp und Meyer gegen eine Konvertirung.

Abg. Meyer (Kpt.) giebt seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß die Regierung keine Initiative ergreift und nur das Kapital, nicht aber die produzierenden Stände berücksichtigt.

Damit ist die Interpellation erledigt. Hierauf verliert sich das Haus auf Montag 1 Uhr. (Interpellation Auer, betr. die Verhaftung des Abg. Bueb, Abgeordneter für den Nordostpreuss. Landtag, Margarinegeschäft.)

Schluss 5 1/2 Uhr.



# Preussischer Landtag.

Herrenhaus.

13. Sitzung vom 2. Mai, 1 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinstimmen gestattet.)

Das Haus ist ziemlich gut besetzt.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Verathung des Lehrerbildungsgesetzes.

Hierzu beantragt Graf v. Bieten-Schwerin, den § 1 der Vorlage in folgender Fassung anzunehmen: „Die Mittel zur Erziehung, Verwaltung und Erweiterung der öffentlichen Volksschulen werden von den Gemeinden und im Falle des nachgewiesenen Unvermögens ergänzungsweise vom Staate aufgebracht. Die auf besonderen Rechtsmitteln beruhenden Verpflichtungen Dritter bleiben bestehen. Der Staat gewährleistet demnach den Volksschullehrern ein festes, den Verhältnissen angemessenes Einkommen. Bis zum Erlasse eines allgemeinen Volksschulgesetzes dürfen den jetzt Schulunterhaltungsverpflichteten für diese Zwecke neue Lasten nicht auferlegt werden, vielmehr sind die auf Grund dieses Gesetzes sich ergebenden Mehraufwendungen aus der Staatskasse zu leisten und jährlich durch den Staatshaushaltsetat zu bewilligen.“

In der Generaldiskussion bemerkt Oberbürgermeister Schneider (Magdeburg): Aus sehr gewichtigen Gründen hat das Haus in der vorigen Sitzung den Entwurf in erster Lesung abgelehnt. Vor allem wurde beantragt, daß dem administrativen Belieben in der Schule kein Ende gemacht ist. Es besteht ein tiefgehender prinzipieller Gegensatz zu den Grundlagen des Gesetzes, und deshalb war die Ablehnung vollkommen gerechtfertigt. Ich bitte, heute auf diesem Standpunkt zu beharren und durch möglichst einstimmige Ablehnung des § 1 das Gesetz aus der Welt zu schaffen. (Beifall.) Die Verantwortung dafür trägt die Regierung, die den in diesem Hause herrschenden Ansichten nicht genügende Rücksicht entgegengebracht hat. Wir sind von dem besten Willen besetzt, den Lehrern zu helfen, und sehen den besten Weg dafür in einer Erhöhung des Dispositionsfonds, aber nicht in diesem Gesetz, das verkehrt und verhängnisvoll gewirkt hat. (Beifall.) Bis zum 1. April 1897 kann die Regierung die Mittel hierzu ergreifen haben. Die Lasten müssen vom Staat und nicht von den sogenannten breiten Schultern der Gemeinden getragen werden. Nehmen Sie das Gesetz auch heute pure ab. (Beifall.)

Kultusminister Dr. v. Hoffe: Der Beschluß der letzten Sitzung ist nach manchen Richtungen hin bedenklich. Nicht nur das Ministerium, sondern auch das Abgeordnetenhaus hat den Entwurf in eifriger langer Arbeit fertiggestellt, und es giebt keinen Fall in der parlamentarischen Geschichte, wo bei einem so wichtigen Gesetze so verschiedenes ist. Ihr Beschluß hat eine große politische Bedeutung. Die Parteien im Abgeordnetenhaus hatten wichtige Bedenken, die sie aber fallen ließen in dem Vertrauen, den Lehrern zu helfen. Den Lehrern, die gehofft hatten, daß jetzt endlich dem dringenden Nothstand gesteuert wird, wird jetzt jede Hoffnung genommen. Die Verantwortung trägt nicht die Staatsregierung, sondern ausschließlich dieses hohe Haus. (Widerspruch.) Freilich werden die Mitglieder, die ja nur aus Ueberzeugung gestimmt haben, diese Verantwortung zu tragen wissen. Die Zumuthung des Vorredners gegenüber der Regierung nach dieser Richtung hin wolle ich aber entschieden zurück.

Dr. Bierling (Greifswald) hält die bisherige geschäftliche Behandlung der Vorlage für richtig, wird aber vom Präsidenten zur Sache gerufen, da das Haus bereits darüber entschieden habe. Redner stellt einen Antrag auf Kommissionsberatung. (Zuruf: Das ist unzulässig!) In unserer Geschäftsordnung ist darüber nichts genaues gesagt. Wir werden deshalb wohl dem allgemeinen Brauche in anderen Parlamenten folgen können. Sollte mein Antrag abgelehnt werden, so würde ich mich dem Antrag Graf Bieten-Schwerin anschließen und darüber Kommissionsberatung beantragen, wenn ich mir auch von dem Antrag nicht abzuhel verspreche.

Präsident Febr. v. Mantuffel erklärt den Antrag auf Kommissionsberatung für geschäftsordnungsmäßig unzulässig. Oberbürgermeister Struckmann (Hildesheim) theilt die Bedenken des Präsidenten. In der ersten Lesung sei er für Kommissionsberatung gewesen. Er habe auf ein Entgegenkommen des Staatsministeriums gerechnet, das nicht erfolgt sei.

Finanzminister Dr. Miquel: Mich hat niemals der Beschluß eines Hauses so überreizt und peinlich berührt, wie der der letzten Sitzung. Wir haben es hier mit einem Gelegenheitsgesetz der schwersten Art zu thun, der theils aus materiellen, theils aus ideellen Gründen von Ihnen abgelehnt ist. Wir waren uns von vornherein klar, daß der Entwurf den schwersten Bedenken begegnet; auch ich habe lange geschwankt, ob die allgemeine Finanzlage solche Ausgaben gestatte. Die wahren Freunde der Schule und der Lehrer — das hat das Abgeordnetenhaus begriffen — (Heiterkeit) waren von vornherein bereit, dem Entwurf zuzustimmen. Das Gesetz brachte einem Theil unserer Lehrer, die heute eine auskömmliche Existenz nicht besitzen und mit Sorgen kämpfen, eine feste gesicherte Grundlage einer auskömmlichen Existenz, eine besitzliche große Härten und schnitt eine Menge Mißbilligkeiten zwischen Lehrern und Gemeinden ab, kurz es brachte eine größere Klarheit. Die ganze preussische Lehrerschaft hat das Gesetz begrüßt, die Lehrer haben ihre weitergehenden Wünsche zurückgestellt und einen Grad von Mäßigkeit und Weisheit gezeigt, den ich in hohem Maße bewundere. In langen schwierigen Beratungen im Abgeordnetenhaus ist das Gesetz zu Stande gekommen, und selbst die Vertreter der großen Städte, die Bedenken gegen § 27 hatten, haben schließlich dafür gestimmt, jedoch die Minorität sehr gering war. Wird das Gesetz hier einfach a limine abgewiesen, so ist das politisch nicht richtig. Mit Worten kann man die Verantwortung nicht abwägen, die Lehrerschaft wird es nicht verstehen, wie man ein solches Gesetz so kurzer Hand abweisen kann, aber die Regierung trifft keine Schuld. Wir sollen, so rath man uns, ein neues Gesetz zu Stande bringen; aber auf welcher Grundlage? Die Rechte und die Stärke des Hauses sind ja selbst nicht einig. (Heiterkeit.) Selbst über die finanzielle Frage herrscht Meinungsverschiedenheit. Die Lehrer sollen auf Dispositionsfonds verwiesen werden. (Zuruf: Nur vorläufig!) Vorläufig? In der Politik gilt auch das Goethe'sche Wort: Greift die Gelegenheit bei der Stirnlade! Die Vertreter der Städte beschwerten sich über zu großes administratives Eingreifen. Dies Gesetz ist aber doch der erste Anfang einer festen gesetzlichen Regelung, die die Städte mit Freunden begrüßen sollten. Der Oberbürgermeister von Berlin hat ja gerade auf Dispositionsfonds dafür gestimmt, und eine administrative Handhabung und darf hieraus keinen Grund für die Ablehnung des Gesetzes herleiten. Stimmung und Bestimmung sind in der Politik schlechte Rathgeber. Eine neue Kommissionsberatung ist jetzt unmöglich, es heie Eulen nach Athen tragen, wollte ich hier weiter für das Gesetz sprechen. Das nur ist sicher, daß die Staatsregierung auf ihrem Standpunkt beharren und für die Lehrer zu sorgen auch in Zukunft bestrebt sein wird. (Beifall.) Graf Bieten-Schwerin hat mit seinem Antrag eine Kommissionsberatung bezweckt. Ich bitte ihn, denselben zurückzugeben, da die Regierung auf keinen Fall auf den Antrag eingehen kann, der in seinem zweiten Theile der Verfassung widerspricht. Die Herren, die ein so großes Bedenken gegen ein allgemeines Volksschulgesetz haben,

sich hier, wohn die Konsequenz ihrer Politik führt. Sie wollen nicht viel aus der Staatskasse haben (Widerspruch), aber auch die, welche die Staatskasse nicht wollen, müssen sich sagen, daß wir uns schon auf dem Wege zur Entwicklung der Staatskasse befinden. Das beweisen die Etats der letzten Jahre, es wird alles auf die Staatskasse gewälzt, und schließlich kommen wir in eine Centralisation und von der Selbstverwaltung der Gemeinden bleibt nichts übrig. Schließlich hat der die Macht, der zehlt.

Oberbürgermeister Bender Breslau: Ein Gesetz, wie dieses, befriedigt nach keiner Richtung hin. Die Minister haben an uns appellirt, wir sollten auf die große Mühe der Regierung, auf die Arbeit des anderen Hauses und auf die Noth der Lehrer Rücksicht nehmen, aber dieser Appell steht im Widerspruch mit der schwachen Begründung des Entwurfs. An der Noth, die unter den Lehrern besteht, ist die Regierung schuld, die zur Abhilfe verpflichtet ist. Uns bewegen zwei Punkte, gegen das Gesetz zu stimmen, die Alterszulagen und die ungerechte Behandlung der großen Städte. Auch befindet sich das Gesetz mit Artikel 24 der Verfassung im Widerspruch. Die Berufung auf die Stimmung der Lehrer muß ich ganz besonders beklagen, ich wünsche, daß der Unterrichtsminister den Lehrern gegenüber oft einen etwas feineren Ton anschläge. Wir können doch nicht wissenschaftlich und seminaristisch gebildete Lehrer gleich behandeln, denn sonst bekommen wir sehr wissenschaftlich gebildeten Lehrer. Daß die Kreise, denen das Gesetz Vortheile zuwendet, dafür stimmen, ist doch ganz erklärlich. Daß also in der Zustimmung der Lehrer eine besondere Mischung und Weisheit liegen sollte, kann ich nicht zugeben. Die Regierung hat zur Unterstützung ihrer Ansicht zum Theil ungenügende, zum Theil irrige Zahlen angeführt. Wir sollten demgegenüber fest bleiben und der Regierung die ihr verfassungsmäßig zukommenden Lasten auferlegen. Bei der Berechnung des Verhältnisses zwischen Stadt und Land hat die Regierung ganz vergessen, die Leistungen der Städte für die höheren Schulen in Rechnung zu ziehen. Wohin sollen wir kommen, wenn wir immer nur Rechnung und Gegenrechnung aufstellen wollen? Uns wird immer das Wort „ausgleichende Gerechtigkeit“ entgegen gehalten. Das ist eine Hebersart, die sich seit Jahren eingebürgert hat. Ich bitte, daß sich alle Parteien des Hauses vereinen in der Ablehnung des Gesetzes.

Geheimrath Gerwar betont, daß die Belastung des platten Landes für Schulzwecke im Verhältnis zur Leistungsfähigkeit doppelt so groß sei wie die der Stadt.

Hierauf wird durch Annahme eines Schlußantrags die Generaldiskussion geschlossen. (Die Minister Dr. Miquel und Dr. Hoffe haben das Haus verlassen.)

§ 1 liegt der oben mitgetheilte Antrag Graf Bieten-Schwerin vor. In der Spezialdiskussion bemerkt

Graf v. Bieten-Schwerin zur Begründung seines Antrags, er wolle, daß das Gesetz in eine Kommission komme, und werde deshalb bei jedem einzelnen Paragraphen Ueberweisung an eine Kommission beantragen. Wenn man allmählich zur Staatskasse komme, so lege das daran, daß wir kein Dotationsgesetz, also keine feste Grundlage haben, auf der wir bauen können. Die Regierung trifft ferner der Vorwurf, daß sie seiner Zeit das Zehlfache Volksschulgesetz zurückgezogen hat. Auf die Annahme meines Antrages lege ich keinen Werth, mir liegt nur daran, daß der Antrag in eine Kommission kommt. Die Verantwortung trifft die Staatsregierung, die sich weigert, den Wünschen weiterer Kreise auf Vorlegung eines allgemeinen Volksschulgesetzes gerecht zu werden.

Dr. Dernburg tritt für den Antrag Graf Bieten-Schwerin und für Kommissionsberatung ein.

Oberbürgermeister Becker (Bln) erklärt, daß er und seine Freunde das Gesetz grundsätzlich für falsch halten und deshalb auch dem Antrage Graf Bieten nicht zustimmen können, der auf einem Umwege zu einer Kommissionsberatung führe. Seine Freunde seien gern bereit, ein neues Gesetz auf einer glücklicheren Unterlage zu acceptiren.

v. Lebedew hat auch gegen den Antrag Bieten erhebliche Bedenken, wird demselben aber zustimmen, um eine Kommissionsberatung zu ermöglichen. Die Kommission werde in der Lage sein, auf Grund dieses Antrages ein neues Schulgesetz zu rekonstruiren. Ich bitte Sie, den Antrag anzunehmen und dadurch vom Herrenhause den Vorwurf der Ueberlieferung abzuwenden, die jedes Parlament eher tragen kann, als das preussische Herrenhaus. Weiterum wird ein Schlußantrag angenommen.

Hierauf wird der Antrag auf Ueberweisung des Antrags Bieten-Schwerin in eine Kommission gegen eine geringe Minorität abgelehnt.

§ 1 der Vorlage wird abgelehnt, ebenso auf Antrag Becker en bloc der Rest der Vorlage. In der Gesamtabstimmung wird der Entwurf ebenfalls abgelehnt. Dafür erhoben sich im Ganzen nur 3 Mitglieder.

Der Präsident theilt mit, daß die nächste Sitzung voraussichtlich am 18. Mai stattfinden wird.

## Parlamentarische Nachrichten.

— Zur dritten Verathung des Börseengesetzes ist dem Reichstage nachstehender Antrag des Grafen v. Kanitz zugegangen:

Der Reichstag wolle beschließen, die folgende Resolution anzunehmen: Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, mit denjenigen Staaten, in denen ein börsenmäßiger Terminhandel in Getreide und Mühlenfabrikaten besteht, wegen Unterlegung dieses Handels in Verhandlung zu treten und über das Ergebnis dem Reichstage Mittheilung zu machen.

## Das Jubiläum der Kunstakademie in Berlin.

Berlin, 3. Mai.

Die Eröffnung der Internationalen Kunstausstellung anlässlich des 200jährigen Jubiläums der Akademie der Künste fand heute 12 Uhr im Landes-Ausstellungsgelände in Gegenwart des Kaisers und der Kaiserin statt. Eine zahlreiche Menge Geladener, darunter Fürst von Bulgarien, wohnte der Feier bei. Punkt 12 Uhr verkündeten Fanfaren den Anbruch des Kaiserpaars, welches am Eingang von den Mitgliedern des Ehrenkomitees und dem Präsidenten der Akademie Prof. Ende empfangen wurde. Unter den Klängen der Musik schritt das Kaiserpaar mit Befolge nach dem Kuppelsaale. Der Kaiser trug Sufarenuniform, die Kaiserin eine reichsadornende Robe. Der Kaiser trat zunächst auf den Fürsten von Bulgarien zu, mit dem er sich einige Minuten unterhielt. Sodann nahm das Kaiserpaar auf dem im Kuppelsaale unter einem purpurnen Baldachin aufgestellten Ehrensesseln Platz. Kultusminister v. B. trat vor und hielt eine Ansprache, worin es heißt: „Unsere gesammte Kultur ist durch tausend geheimnißvolle Fäden eng verknüpft mit der geistigen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklung des Vaterlandes, auf dessen Boden sie erwachsen ist und dessen Eigenart sich in ihr wieder spiegelt. Des gilt in vollem Maße auch von der Kunst, und in diesem Sinne dürfen wir mit gerechtem Stolz auf unsere vaterländische Kunst blicken. Nebenlos aber freuen wir uns jedes wahren Kunstwerks und jedes großen Künstlers, welcher Nation er auch angehören möge, und dankbar begrüßen wir die fremden Künstler und ihre Werke, die gern und freudig auch an unserer Jubiläumsausstellung sich betheiligen haben. Das Vertrauen, mit

dem sie zu uns gekommen sind, wird nicht getrübt werden. Es ist unsere Ehre und unser Stolz, daß in unserem Vaterlande jedes künstlerische Können, es mag auf einem Boden erwachsen sein, wo immer es sei, mit dankbarem und gerechtem Blick die verdiente Würdigung findet. Diesen weitberzogen und selbstlosen Geist verbanden wir in erster Linie unseren Königen. Sie sind es gewesen, die Ihrem Volk voran die Bedeutung der hohen Kunst erkannt und deren freiesten Betätigung und Entwicklung in hochberzogenster Weise gepflegt haben. Unsere Könige waren es, welche die Pflege von Kunst und Wissenschaft, den freiesten Betätigungen des menschlichen Geistes, zu Aufgaben des Staates gemacht haben, ohne jemals auch nur den Versuch zu machen, ihnen die Lebensluft, in der sie allein gedeihen können, die volle Freiheit einzuziehen. Voll tiefen Dankes erkennen wir die gebildeten Kreise der Nation. Und wie mächtig die Kunst auf unser Volksleben einwirkt, davon ist der sprechende Beweis die Zugänglichkeit und Empfänglichkeit aller Volksschichten für die künstlerische Einwirkung und Anregung, wie sie sich in dem allgemeinen Interesse für unsere Kunstausstellungen kundgiebt. (Em. Mädel) folgen auch hierin den geeigneten Traditionen Allerhöchster Erlasse. Unauslöschlich ist der Dank der Künstlerchaft für Em. Majestät huldreich und wirksame Pflege, Beschirmung aller wahren künstlerischen Interessen.“ Die Rede schloß mit einem Hoch auf den Kaiser, worauf der Minister die Jubiläums-Kunstausstellung für eröffnet erklärte.

Hierauf begann der Rundgang durch die Ausstellung, bei welcher der Fürst von Bulgarien die Kaiserin am Arme führte. Der Rundgang dauerte 1 1/2 Stunden, worauf das Kaiserpaar unter den Hochrufen des Publikums die Ausstellung verließ.

Aus Anlaß der Eröffnung der internationalen Kunstausstellung fand im großen Restaurant des Landes-Ausstellungsparkes ein Festessen statt, an welchem 300 Personen Theil nahmen. Den Ehrenplatz nahm Oberpräsident v. Goltz ein. Derselbe brachte den Toast auf den Kaiser aus. Nach ihm sprachen Geheimrath Schöne, der auf die Protektion der Ausstellung, die Kaiserin Friedrich toastete, Prof. Körner, der auf die Akademie der Künste, Prof. Ende, der auf die Ausstellungskommission, und Graf Harrach, der auf das brüderliche Einvernehmen zwischen den Künstlern der ganzen Welt anstieß. Große Heiterkeit verursachten die launigen Trinksprüche der Maler Reddy und de Brien, welche in holländischer Sprache auf die deutsche bzw. Berliner Künstlerchaft toasteten. Ihren dankte Graf Harrach mit einem lebhaft applaudirten Trinkspruch auf die Ausstellung des Auslandes. Großes regnerisches Wetter war der Besuch der Ausstellung ein ziemlich lebhafter.

Die große Festigung zur Jubelfeier der Akademie fand Sonnabend Nachmittag um 4 Uhr in Gegenwart des Kaisers und der Kaiserin sowie des Prinzen und der Prinzessin Friedrich Leopold in der Rotunde des Museums statt. Das Museum prangte in recht wirkungsvollem Schmuck. Die Säulen zu Seiten des Portals zeigten reiche Vergoldung, über dem Portal breitete sich ein Baldachin, auf dem ein goldener Adler thronete. In der Vordhalle und auf der großen Freitreppe hatten die Schüler der akademischen Hochschule und die Studirenden der Technischen Hochschule mit ihren Fahnen und Bannern Aufstellung genommen. Der Ausschuss der Kunstakademie erschien in venezianischer Tracht, wie man sie auf den Ausländischen Bildern sieht. Auch die Rotunde selbst war würdig geschmückt. Gegenüber dem Eingang hob sich die Bühne des Begründers der Akademie von einer reich ornamentirten Wand ab, die die dahinter stehenden Kunstwerke verdeckte. Eine zahlreiche Festverlammlung füllte den Raum, dessen festlicher Eindruck durch Blumen und Mattpflanzen und Baumgewinde noch erhöht wurde. Nicht weniger wie vier preussische Kultusminister waren zu der Feier erschienen: die Minister Febr. v. Mantuffel, v. Böttich und Hoffe, welche letzteren zahlreiche Räte seines Ressorts begleiteten, Präsident Koch, Kayser, Köning, Staatssekretär v. Hoffmann und viele andere hohe Staatsbeamte, General v. Galmann und andere hohe Militärs, zahlreiche Vertreter des diplomatischen Korps, General-Superintendent Faber, der katholische Feldpropst Bischof Ahmann und die Vertreter der Akademien, Unberufenen und künstlerischen Körperschaften. Die Mitglieder der Berliner Akademie erschienen zum ersten Male in der neuen prächtigen vorbeaurroßen Sammeltracht, der Präsident Ende und die Direktoren v. Werner und Joachim trugen die neu verfertigten Ketten. Das Kaiserpaar wurde mit der Spontankomposition „Bruska“ empfangen, welche von der Kapelle des vierten Garde-Regiments vom oberen Balkon der Freitreppe gespielt wurde. Der Kaiser trug die Uniform des 1. Garde-Regiments, seine erlauchte Gemahlin erschien in einem laichsfarbenen Kleid. Schon auf der Freitreppe wurde das Kaiserpaar vom Senat der Akademie empfangen und alsdann vom Kultusminister in den festlichen Raum geleitet, wo die 2. Garde-Dragoonen vom Balkon aus Fanfaren ertönen ließen. Nachdem das Kaiserpaar auf den Ehrensesseln vor der Bühne des Kurfürsten Platz genommen und von dem akademischen Chor ein Choral von Bach gesungen war, erbat der Kurator der Akademie, Staatsminister Hoffe, vom Kaiser die Erlaubnis zum Beginn der Feiern, in der der Präsident der Akademie, der Geh. Rath Prof. Ende ein kurzes Bild der Geschichte der Akademie entwarf.

Nachdem Redner den frühen Tod Kaiser Friedrichs als einen schmerzlichen Verlust für die Kunst und die Künstler beklagt hatte, schloß er mit folgenden Worten: „Frohen Hezens blüht dagegen die Akademie heute empor zu Eurer Majestät als ihrem erhabenen Protektor, dem mächtigen Schutzherrn und treuen Pfleger der idealen Aufgaben und Ziele unseres Volkes. Sie weiß, daß sie unter Eurer Majestät Regierung freudig und voll sicherer Hoffnung in die Zukunft schauen darf. Haben doch Eure Majestät fortwährend die großartigsten Aufgeben und Anregungen gegeben. Wenn augenblicklich eine tiefgehende Bewegung in der Künstlerchaft sich geltend macht, und weltgehende Neuerungen in Affassung und Technik erstrebt werden, so vertrauen wir, daß mit Eurer Majestät machtvoller Einwirkung sich diese Bestrebungen abklären und zu schönen Erfolgen führen werden.“ Herr Ende überreichte sodann dem Kaiserpaar eine eigens für diesen Anlaß gefertigte marmorne Erinnerungstafel und die Denkschrift über die Geschichte der Akademie in kostbarem Einband.

Die Antwort des Kaisers ist inhaltlich bereits gemeldet worden. Den offiziellen Worten fügte der Kaiser hinzu, er habe sich eines Auftrages seiner kaiserlichen Mutter an die Akademie zu entseligen. Sie lasse der Akademie ihre innigsten Wünsche übermitteln und den Ausdruck ihres tiefen Bedauerns, der Feier nicht betheiligen zu können. „Aber ich kann Ihnen auch“, rief der Kaiser fort, „die Mittheilung machen, daß meine kaiserliche Mutter heute durch die Geburt eines Enkelkinds freudig überrascht worden ist. Dieses Ereigniß hält sie fern von hier im schönen Hellenslande, wo meine Mutter innigsten Antheil nimmt an Ihrer heutigen Feier.“ Diese alle Anwesende überraschende Mittheilung wurde mit freudiger Bewegung aufgenommen. Als dann der Kaiser wieder Platz genommen hatte, verlas Minister Hoffe die aus Anlaß der Feier erfolgten Lebensauszeichnungen u. s. w. Herr Ende brachte sodann das Hoch auf die Majestäten aus, worauf nach der Abingung eines Chorales der offizielle Festakt sein Ende erreicht hatte. Nunmehr befristeten vor dem Kaiserpaar die Deputationen der auswärtigen Kunstinstitute, und nachdem auch dies vorüber war, hielt das Kaiserpaar Cercle ab, in helterlicher Baune in der Runde die Minister und Generale, Gelehrten und Künstler ansprechend.



Nach halb fünf Uhr war die Fete beendet. Sie fand eine Fortsetzung im Hotel Kaiserhof, wo dem Präsidium der Kaiserl. Akademie der Künste die Ehrengaben anlässlich des Jubelfestes dargebracht wurden. Die Stadt Berlin hat unter Anderem in einer Urkunde für die Jubiläums-Ausstellung vier Ehrenpreise im Gesamtbetrage von 12000 Mark gestiftet mit dem Bemerkten, daß der städtischen Kommission für Kunstzwecke eine Mitwirkung bei Ertheilung dieser 4 Preise zugethan werde. Den Beschluß machte ein F. v. L., zu welchem die Vertreter der Deputationen, die früheren Kuratoren u. geladen waren.

**Soziales**

**Bozen, 4. Mai.**

\* **Radwettfahren.** In Folge der ungünstigen Witterung mußte das für gestern Nachmittag angekündigt gewesene Radwettfahren in letzter Stunde abgeblasen und verschoben werden; dasselbe findet nunmehr bei jeder Witterung am Donnerstag, den 14. Mai, (Sonnabendsfest) statt. Das Programm wird unverändert beibehalten. Bereits gelöste Billets behalten ihre Gültigkeit; auch wird auf Wunsch der dafür gezahlte Betrag von den Verkaufsstellen, bei welchen das Billet selbst ist, zurückgeholt.

n. **Eine sozialdemokratische Versammlung,** die von etwa 250 Personen besucht war, fand gestern Nachmittag 4 Uhr im Wenzelschen Saale in der Bronnerstraße statt, in welcher der sozialdemokratische Redakteur Schütz aus Breslau in deutscher und der frühere Reichstagskandidat Morawski (Redakteur der „Gazeta robotnicza“) aus Berlin in russischer Sprache Reden über die Arbeiter u. h. l. in im Belangen wurde über die erhöhten Anforderungen der hiesigen Arbeiter und Antreiber verhandelt und eine Resolution dahin beschloffen, diejenigen Arbeiter, welche an den erhöhten Forderungen scheitern und deshalb arbeitslos werden, zu unterstützen. Wie aus den Verhandlungen hervorging, soll der Streik der Arbeiter und Antreiber ebenfalls bereits begonnen haben.

n. **Grundstücksverkäufe.** Das Grundstück Halbborsstraße 12, der Frau Anna Walschek gehörig, ist in den Besitz des Destillateurs Alexander Gorb's K. Erbvertrags, übergegangen. Ferner ist der „Kriegengarten“ in Wiba von dem Fleischermeister Richard Schloß, Dreßlauerstraße 33, angekauft worden.

**Aus der Provinz Bozen.**

F. **Strows, 3. Mai.** (Verhaftungen.) Der in Prutzotz in vortiger Woche ausgebrochene Brand, welchem drei Menschenleben zum Opfer fielen, ist durch Brandstiftung entstanden. Es ist bereits der Brandstifter in einem dortigen Dominikalarbeiter ermittelt und in das hiesige Justizgefängnis eingeliefert worden. Für die Abgebrannten sowie für die Hinterbliebenen ist durch den Landrath Brinkmann in Schönbühl bereits ein Aufruf zu Sammlungen erfolgt. Gaben nehmen außer ihm Rämmerer Henschel und Dittelskommisarius Neuhing in Gradow entgegen. Die Wojewodschen Gelehrte haben eine billige Lotterie von 10 Jahren hinterlassen. Drei Familien, welche unversichert waren, haben durch

den Feuer fast ihre ganze Habe verloren — In vergangener Woche wurde in Kempten ein Lebens-Versicherungs-Inspektor verhaftet und sogleich dem hiesigen Gericht's inhaftig zugeführt.

**Aus den Nachbargebieten der Provinz.**

R. **Grunden, 3. Mai.** [Ausstellung.] Gewissermaßen als Vorboten der Bestenrühlichen Provinzial-Gewerbe-Ausstellung erscheinen die Loose zur Ausstellungs-Lotterie, die nachträglich auch zum Vertriebe in der Provinz Posen zugelassen wurden. Die Ausstellung wird nach einem Vermerk auf den Loosen am 14. Juni eröffnet; die Ziehung der Ausstellungs-Lotterie findet am 6. August statt.

**Telegraphische Nachrichten.**

**Paris, 3. Mai.** Die hiesigen Gemeinderathswahlen vollziehen sich in völliger Ruhe. Eine gewisse Erregung herrschte nur an den Eingängen einiger Wahllokale, wo sich die Wähler etwas zahlreicher zusammengefunden hatten. Während des ganzen Vormittags ist kein föhrender Zwischenfall gemeldet worden. So wird offiziös gemeldet; von anderer Seite geht uns dagegen folgende Meldung zu: Seit den frühesten Morgenstunden herrscht hier die größte Aufregung wegen der heutigen Gemeinderathswahlen. Unzählige Plakate sind überall angehängt. Die Republikaner von der Schattierung Bourgeois und seiner kollektivistischen Freunde werden voraussichtlich eine große Stimmenzahl erhalten. **Madrid, 3. Mai.** Aus Afrika werden Heuschrecken = Schwärme gemeldet. In der Provinz Malaga befürchtet man große Verheerungen. **Kopenhagen, 3. Mai.** Wegen der sehr ersten Nachrichten über das Finden des ältesten Sohnes des Herzogs von Cumberland werden der Fußball und die Theater-Festvorstellung, welche anlässlich der Hochzeit der Prinzessin Luisa für Mittwoch in Aussicht genommen waren, nicht stattfinden. **Belgrad, 2. Mai.** Studenten verbrannten Mittags vor dem Denkmal des Fürsten Michael eine von ihnen selbst angefertigte ungarische Fahne. Der Vorgang spielte sich so schnell ab, daß die Polizei nicht einschreiten konnte. Abends zog ein großer Haufe vor das königliche Palais, die französische und russische Gesandtschaft. Sodann wollte derselbe das ungarische Handelsmuseum angreifen, wurde aber an diesem Vorhaben durch G:wehrsabven verhindert. Einige Teilnehmer wurden verwundet, viele verhaftet. Der Stadtpräsident und der Kommandant der Gendarmerie sind anlässlich dieser Vorfälle abgesetzt worden. **Athen, 2. Mai.** Die Kronprinzessin Sophie ist von einer Prinzessin inthunden worden. Mutter und Tochter befinden sich wohl. Die Prinzessin erhielt den Namen Helena. — Die Königin und der Kronprinz reisen am 11. d. Mts. nach Moskau. — Der Großfürst Georg ist um Mitternacht nach Belgrad abgereist. **Sofarek, 2. Mai.** Der Senat nahm ein Gesetz an, durch welches die Spilitusabgabe auf 8 Centimes erhöht und eine Ausfahrprämie bewilligt wird. **Kairo, 2. Mai.** [Meldung des „Reuter'schen Bureau's“.] Gestern hat bei Akasch zwischen drei Eskadronen der ägyptischen Kavallerie und dem ersten sudanesischen Regiment einerseits und dreihundert Kameelreitern der Derwische andererseits ein Zusammenstoß stattgefunden. Die Derwische wurden zurückgeschlagen und erlitten große Verluste. Der Verlust der Ägypter betrug einen Todten. **Washington, 2. Mai.** Der Senat nahm die Flottenverwendungsbill betreffend den Bau zweier Schlachtschiffe und 13 Torpedoboote an. **Präsident Cleveland** empfing heute Mr. Jewell aus Johannesburg, welcher das Eruchen des Kongresses an den Präsidenten Krüger um Begnadigung des Amerikaners Hammond nach Südafrika überbringen wird. Der Präsident sprach seine Hochachtung für den Präsidenten Krüger und sein Vertrauen in dessen Fähigkeit aus, die Transvaalangelegenheit befriedigend zu erledigen. **Newyork, 3. Mai.** Einer Depesche aus Managua (Nicaragua) zufolge haben sich die Aufständischen in Leon bedingungslos unterworfen. Die Regierungstruppen besetzten Leon am Sonnabend. Der Präsident, die Minister und die Generale der Aufständischen verließen das Land. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat die fremden Regierungen von der Wiederherstellung des Friedens in Kenntniß gesetzt. **Kabstadt, 2. Mai.** Eine Abtheilung aus Salisbury, welche auch von Cecil Rhodes begleitet war, schlug einen Trupp Matabele's bei Omelo und tötete 3) derselben; auf britischer Seite wurde kein Verlust verzeichnet. **Havana, 2. Mai.** Zwischen Regierungstruppen und Aufständischen haben zwei Treffen stattgefunden, in welchen 40 Insurgenten getödtet wurden. Der General Inclan schlug 1500 Aufständische bei Cacajajara in der Provinz Binar del Rio und beschäftigte sich eines Forts. Der Verlust der Aufständischen an Todten betrug 200. **Dagegen** besagt eine andere Meldung, daß Gomez gegen Villaclara dringt; die Aufständischen haben 4 Dörfer verbrannt. General Weyler glaubt, daß 2 Jahre zur Unterdrückung des Aufstandes nöthig sind.

**Wien, 3. Mai.** Der Fürst von Montenegro ist heute Vormittag nach Baden-Baden abgereist. **Brinn, 2. Mai.** Gute wurde das Testament des Baron Strich eröffnet. Als Universalerbin figurirt die Wittwe des Barons, seine Adoptivtochter wurde mit einem Legat bedacht. Für w. h. l. t. g. in Klagen sind 1 Million ausgemorfen, wovon die Hälfte für Krzeisten bestimmt ist. Die Beamten aus den beiden währlichen Bezirken erhalten 60000 Fl. Andere Legate sind im Testament nicht angeführt.

**4. Klasse 194. Königl. Preuss. Lotterie.**

Ziehung vom 2. Mai 1896. — 14. Tag Vormittag.  
Von 10 Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt. (Ohne Gewähr.)

Table with multiple columns of numbers representing lottery results. Includes sub-headers like '115 288 495 99 519 676 717 63 929' and '1001 165 262 337 409'.

Table with multiple columns of numbers representing lottery results. Includes sub-headers like '998 (500) 113 646 83 114 184 278 86 379 539 54 76 653 (1500)' and '58 54 884 969 115 079 101 45 227 69 94 (1500)'.

Paris, 3. Mai. Die hiesigen Gemeinderathswahlen vollziehen sich in völliger Ruhe. Eine gewisse Erregung herrschte nur an den Eingängen einiger Wahllokale, wo sich die Wähler etwas zahlreicher zusammengefunden hatten. Während des ganzen Vormittags ist kein föhrender Zwischenfall gemeldet worden. So wird offiziös gemeldet; von anderer Seite geht uns dagegen folgende Meldung zu: Seit den frühesten Morgenstunden herrscht hier die größte Aufregung wegen der heutigen Gemeinderathswahlen. Unzählige Plakate sind überall angehängt. Die Republikaner von der Schattierung Bourgeois und seiner kollektivistischen Freunde werden voraussichtlich eine große Stimmenzahl erhalten. Madrid, 3. Mai. Aus Afrika werden Heuschrecken = Schwärme gemeldet. In der Provinz Malaga befürchtet man große Verheerungen. Kopenhagen, 3. Mai. Wegen der sehr ersten Nachrichten über das Finden des ältesten Sohnes des Herzogs von Cumberland werden der Fußball und die Theater-Festvorstellung, welche anlässlich der Hochzeit der Prinzessin Luisa für Mittwoch in Aussicht genommen waren, nicht stattfinden. Belgrad, 2. Mai. Studenten verbrannten Mittags vor dem Denkmal des Fürsten Michael eine von ihnen selbst angefertigte ungarische Fahne. Der Vorgang spielte sich so schnell ab, daß die Polizei nicht einschreiten konnte. Abends zog ein großer Haufe vor das königliche Palais, die französische und russische Gesandtschaft. Sodann wollte derselbe das ungarische Handelsmuseum angreifen, wurde aber an diesem Vorhaben durch G:wehrsabven verhindert. Einige Teilnehmer wurden verwundet, viele verhaftet. Der Stadtpräsident und der Kommandant der Gendarmerie sind anlässlich dieser Vorfälle abgesetzt worden. Athen, 2. Mai. Die Kronprinzessin Sophie ist von einer Prinzessin inthunden worden. Mutter und Tochter befinden sich wohl. Die Prinzessin erhielt den Namen Helena. — Die Königin und der Kronprinz reisen am 11. d. Mts. nach Moskau. — Der Großfürst Georg ist um Mitternacht nach Belgrad abgereist. Sofarek, 2. Mai. Der Senat nahm ein Gesetz an, durch welches die Spilitusabgabe auf 8 Centimes erhöht und eine Ausfahrprämie bewilligt wird. Kairo, 2. Mai. [Meldung des „Reuter'schen Bureau's“.] Gestern hat bei Akasch zwischen drei Eskadronen der ägyptischen Kavallerie und dem ersten sudanesischen Regiment einerseits und dreihundert Kameelreitern der Derwische andererseits ein Zusammenstoß stattgefunden. Die Derwische wurden zurückgeschlagen und erlitten große Verluste. Der Verlust der Ägypter betrug einen Todten. Washington, 2. Mai. Der Senat nahm die Flottenverwendungsbill betreffend den Bau zweier Schlachtschiffe und 13 Torpedoboote an. Präsident Cleveland empfing heute Mr. Jewell aus Johannesburg, welcher das Eruchen des Kongresses an den Präsidenten Krüger um Begnadigung des Amerikaners Hammond nach Südafrika überbringen wird. Der Präsident sprach seine Hochachtung für den Präsidenten Krüger und sein Vertrauen in dessen Fähigkeit aus, die Transvaalangelegenheit befriedigend zu erledigen. Newyork, 3. Mai. Einer Depesche aus Managua (Nicaragua) zufolge haben sich die Aufständischen in Leon bedingungslos unterworfen. Die Regierungstruppen besetzten Leon am Sonnabend. Der Präsident, die Minister und die Generale der Aufständischen verließen das Land. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat die fremden Regierungen von der Wiederherstellung des Friedens in Kenntniß gesetzt. Kabstadt, 2. Mai. Eine Abtheilung aus Salisbury, welche auch von Cecil Rhodes begleitet war, schlug einen Trupp Matabele's bei Omelo und tötete 3) derselben; auf britischer Seite wurde kein Verlust verzeichnet. Havana, 2. Mai. Zwischen Regierungstruppen und Aufständischen haben zwei Treffen stattgefunden, in welchen 40 Insurgenten getödtet wurden. Der General Inclan schlug 1500 Aufständische bei Cacajajara in der Provinz Binar del Rio und beschäftigte sich eines Forts. Der Verlust der Aufständischen an Todten betrug 200. Dagegen besagt eine andere Meldung, daß Gomez gegen Villaclara dringt; die Aufständischen haben 4 Dörfer verbrannt. General Weyler glaubt, daß 2 Jahre zur Unterdrückung des Aufstandes nöthig sind. Dirschau, 4. Mai. Der „Dirschauer Zeitung“ zufolge wurde der 24jährige Kaufmännischer Arbeiter Johann Beska aus Mittel, Kreis Konitz, gebürtig, verhaftet und in das hiesige Amtsgericht eingeliefert. Petersburg, 4. Mai. Li-Hung-Tschang empfing gestern den Besuch des Finanzministers Witte, der über eine Stunde bei Li-Hung-Tschang verweilte. Paris, 4. Mai. Nach dem nunmehr vollständig vorliegenden Resultat der hiesigen Gemeinderathswahlen wurden 8 progressivistische Republikaner, 11 Konserervative, 20 Sozialisten und 15 Radikale gewählt. Außerdem haben 26 Stichwahlen stattgefunden. Der neue Municipalrath wird dem früheren völlig entsprechen. In den Departements verließen die Wahlen ohne Ruhestörung. Das vollständige Resultat der Wahlen in den Departements wird erst heute bekannt werden. Madrid, 3. Mai. Eine Depesche des „Heraldo“ aus Havana meldet, man bemerkt unter den Aufständischen im mittleren und östlichen Theile von Kuba eine Konzentrationsbewegung, deren Ziel sei, Maceo zu Hilfe zu kommen. Die Aufständischen fahren fort, die Zuckerpflanzungen durch Brandlegung zu zerstören. In dem größten Theile von Kuba ist die Zuckerernte insolge der Plünderungen der Aufständischen noch nicht beendet worden. Die in Peru anhängigen Spanier sammeln Geldbeiträge, um Kriegsschiffe für Spanien anzuschaffen. London, 3. Mai. Nach einer Reutermeldung aus Teheran hat Musaffered-Din in Teheris als Schah den Thron bestiegen. Die Thronbesteigung Musaffers wurde in der großen Moschee durch den Hauptpriester ver-



Kündet. Alle Prinzen, Geubaneure und Minister brachten dem Schah ihre Guldigungen dar. ...

London, 3. Mai. Eine amtliche Depesche aus Kapstadt meldet, daß die Rebellen sich aus der Nähe von Bulwerpo zur Rückgezogen haben. ...

Die Italiener in Afrika.

Die neuesten Nachrichten vom Kriegsschauplatz lassen erkennen, daß der Zusammenstoß des von Baldissera neuformierten Expeditionskorps mit dem Abirgat cernierenden Scharen des Ras Mula und Morgascha unmittelbar bevorsteht; es wird darüber gemeldet: ...

Maffauah, 3. Mai. General Baldissera ist gestern mit dem ganzen Operationskorps in Baraschit angekommen. Ebenfalls gestern fand bei den Vorposten ein Zusammenstoß mit dem Feinde statt, der für die Italiener einen günstigen Ausgang nahm. ...

Rom, 3. Mai. Eine Drahtmeldung der „Tribuna“ aus Maffauah besagt: Das italienische Operationskorps, welches bei Senafe zusammengezogen war, hat sich in drei Kolonnen gegen den Feind in Bewegung gesetzt. ...

Der plötzliche Vorstoß der Italiener wird dadurch erklärt, daß nach einer Depesche aus Rom die Festung Abirgat nur noch für 3 Tage mit Proviant versehen sein soll. ...

Odol. Neuerdings kommt dieses ausgezeichnete Präparat auch in kleineren Flaschen zum Preise von 85 Pfennigen in den Handel. ...

200,000 Mark 6261 Geldgewinne. In wenigen Tagen Ziehung! Meier Dombau Geld Lotterie-Loose à 3 Mark 30 Pfg. ...

Produkten- und Börsenberichte.

Bremen, 2. Mai. (Börse - Schlussbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notierung der Petroleum-Börse.) Rubig. ...

Hamburg, 2. Mai. (Schlussbericht.) Rübener. Rohzucker I. Produkt Vafis 88 pCt. Rendement neue Ufance, frei in Bord Hamburg. ...

Paris, 2. Mai. (Schluss.) Rohzucker rubig, 88 Proz. loco 92 1/2, à 32 1/2. - Weisser Zucker fest, Nr. 3, per 100 Kilogramm per Mai 33 1/2, per Juni 33 1/2, per Juli-August 33 1/2, per Oktober-Januar 32 1/2. ...

Paris, 2. Mai. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Weizen rubig, per Mai 18,60, per Juni 18,65, per Juli-August 18,65, per September-Dezember 18,40 - Roggen rubig, per Mai 10,40, per September-Dezember 10,60. ...

Savre, 2. Mai. (Telegr. der Hamb. Firma Belmann, Biegler u. Co.) Kaffee in Newyork Schluss mit 10 Points Baisse. Rio 2000 Sad, Santos 2000 Sad, Retetes für gestern. ...

Petersburg, 2. Mai. Produktenmarkt. Weizen loco 8,75, Roggen loco 4,90. Hafer loco 3,40. Weizen loco 11,00. ...

Amsterdam, 2. Mai. Bancazzinn 36 1/2. Antwerpen, 2. Mai. Petroleummarkt. (Schlussbericht.) Raffinirtes Typo weiß loco 16 1/2, bez. u. Br., per Mai 16 1/2, Br., per Juni 16 1/2, Br. ...

Berlin, 4. Mai. Wetter: Schön. Newyork, 2. Mai. Weizen per Mai 63 1/2, per Juni 68 1/2.

Berliner Produktenmarkt vom 2. Mai.

Die Niedergelagerten, die am heutigen Markt herrschte, ist so groß schon im Voraus gewesen, daß der Reichthagsabschluss be-

treffend das Verbot des Terminals in Getreide betreffend, erheblichen Einfluß gar nicht mehr hat ausüben können. Man sieht den Dingen, die da kommen sollen, resigant entgegen. ...

Weizen loco gut behauptet, Termine billiger verkauft. Gefündigt 50 To. Roggen loco mehr beachtet, Termine flau und niedriger. ...

Roggen loco 115-120 M. nach Qualität gefordert. Rübenerloose vom heutigen Tage zu 116 M. verkauft. ...

Rais loco 89-95 M. nach Qualität gefordert, Mai 88 bis 88,75 M. bez., Sept. 92,75 M. bez. ...

Safer loco 120-145 M. per 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, mittel und guter oft- und westpreussischer 122-131 M. bez. ...

Erbsen loco 143-160 M. per 1000 Kilogr., Futterwaare 119-131 M. per 1000 Kilo nach Qual. bez., Victoria-Erbsen 145-160 M. bez. ...

Und 1: 17,00-14,00 M. bez., Roggenmehl Nr. 0 und 1: 15,75 bis 15,00 M. bez., Mai 15,50-15,60 M. bez., Juni 15,75-15,85 M. bez., Juli 16,00-16,05 M. bez. ...

Rübsöl loco ohne Faß 45,2 M. bez., Mai 45,9-46 M. bez., Oktober 46,3 M. bez. ...

Spiritus unversteuert zu 50 M. Verbrauchsabgabe loco ohne Faß - M. bez., unversteuert zu 70 M. Verbrauchsabgabe loco ohne Faß 34,1 M. bez., Mai 39,7-39,4 M. bez., Juni 38,9 M. bez., Juli 39,1-39 M. bez., August 39,3-39,2 M. bez., September 39,4-39,2 M. bez., Oktober 39,1-39 M. bez. ...

Kartoffelmehl Mai 14,25 M. bez. Kartoffelfärke, trockene, Mai 14,25 M. bez. ...

Die Regulirungspreise wurden festgesetzt: für Weizen auf 159,50 M. per 1000 Kilo, für Roggen auf 116,00 M. per 1000 Kilo, für Mais auf 88,5 M. per 1000 Kilo, für Roggenmehl auf 15,6 M. per Saß, für Rübsöl auf 45,90 M. per 1000 Kilo, für Spiritus auf 39,50 M. per 1000 Str.-Broz. (R. B.)

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M | Rubel = 2,20 M | Gulden österr. W. = 1,70 M. 7 Gulden süss. = 12 M. | Gulden holl. W. = 1,70 M. | Franke, 1 Lira oder 1 Posato = 3,80 M.

Table with multiple columns listing various financial instruments, stock prices, and exchange rates. Includes sections for Eisenbahn-Stamm-Aktien, Eisenb.-Prioritäts-Obligat., Eisenb.-Stamm-Priorität., and various bank and commodity prices.